

WÜRZBURG

# Plädoyers für das Staatsarchiv



Von Patrick Wötzel

07.07.2015 | aktualisiert: 17.10.2017 11:40 Uhr

**D**er Widerstand der von Heimatminister Markus Söder geplanten Verlagerung des unterfränkischen Staatsarchivs aus Würzburg nach Kitzingen wird lauter. Bei einem gut besuchten Bürgerdialog zum Thema im Rudolf-Alexander-Schröder-Haus gab es nur eine Meinung: Das Staatsarchiv muss in Würzburg bleiben.

Eingeladen hatte der SPD-Landtagsabgeordnete Georg Rosenthal – er war der erste, der sich nach der Bekanntgabe Anfang März gegen die Verlagerung ausgesprochen hatte. Dass es aus Stadtverwaltung und Stadtrat keinen Widerstand dagegen gibt, „schmerzt mich persönlich sehr. Würzburg will sein Langzeitgedächtnis und kulturelles Erbe klaglos in eine andere Stadt ziehen lassen“, sagte Rosenthal.

Inzwischen hat der ehemalige Würzburger Oberbürgermeister für sein Anliegen Unterstützung bekommen – neben seiner Landtagskollegin Kerstin Celina von den Grünen hat sich bei der Veranstaltung im Rudolf-Alexander-Schröder-Haus erstmals auch die Universität Würzburg in Person von Vizepräsident Wolfgang Riedel zu Wort gemeldet.



Foto: Foto: | Nur alte Rollen? Die Mitarbeiter und Archivare, Würzburger Abgeordnete und die Universität wehren sich gegen die Verlagerung des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen. IVANA BISCAN



## **„Wer zu einem regionalen Thema forscht, der muss in alle drei Archive.“**

Uni-Vizepräsident Wolfgang Riedel

plädiert für einen einzigen Standort

Zu den politischen Entscheidungsprozessen werde sich die Universitätsleitung nicht äußern, meinte Riedel. Fachlich gesehen sei die Verlagerung des Staatsarchivs aber ein enormer Verlust: „Wir sehen es als äußerst bedauerlich an, dass im Bereich der Geisteswissenschaften ein funktionierender Archiv-Verbund aufgebrochen werden soll.“ Zusammen mit dem Würzburger Stadtarchiv und dem Diözesan-Archiv bilde das Staatsarchiv ein kulturelles Gedächtnis: „Wer zu einem regionalen Thema forscht, der muss in alle drei Archive“, so Riedel.

Auch die bayerischen Archivare waren bei Bekanntgabe der Pläne der Staatsregierung „fassunglos“, wie ihr Sprecher Michael Stephan berichtete. Der Bayerische Archivtag mit 240 Teilnehmern in Schweinfurt hat Anfang Mai eine einstimmige Resolution für den Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg verabschiedet – nur die Betroffenen haben sich der Stimme enthalten.

Stephan war stellvertretender Leiter des oberbayerischen Staatsarchivs, ist nun Chef des Stadtarchivs in München und damit ein ausgewiesener Experte: „Es gibt archivfachliche und archivpolitische Gründe, die völlig gegen diese unsinnige Entscheidung sprechen.“ Er hat die Resolution der Archivare auch an die beiden zuständigen Ministerien geschickt, wartet aber bis heute auf eine Antwort.

Das Staatsarchiv besteht aus rund acht Millionen Einheiten in 24 Regal-Kilometern in der Festung und der Residenz. Sie – und 17 Arbeitsplätze – sollen nach den Wünschen des CSU-Landtagsabgeordneten Otto Hünnerkopf in einem alten Kasernengebäude im Kitzinger Inno-Park untergebracht werden. „Wie soll das zusätzlichen Schwung und Wirtschaftskraft nach Kitzingen bringen?“, fragte Alois Hornung, als Chronist der Geschichte Lengfelds ein regelmäßiger Nutzer im Archiv.

Auch Stadtheimatpfleger Hans Steidle und der Kunsthistoriker Stefan Kummer sprachen sich mit deutlichen Worten gegen die Verlagerung aus. „Es ist erstaunlich, dass ausgerechnet der Heimatminister unsere Heimat so schädigen will“, sagte Kummer als Sprecher der „Freunde der Würzburger Residenz“.

Und was sagen die Mitarbeiter? Steffen Kleinheinz ist Personalrat des Staatsarchivs: „Wir wehren uns gegen die Verlagerung nach Kitzingen, weil es keine fachlichen Argumente dafür gibt. Das Ganze ist rein politisch motiviert.“ Dem geplanten Ausbau der Festung zum Landesmuseum wollen die Archivare nicht im Wege stehen, wie Kleinheinz betont: „Aber wir wollen in Würzburg bleiben.“

Für Rosenthal und Celina ist das letzte Wort in Sachen Verlagerung noch lange nicht gesprochen. Es gehe ihnen nicht etwa darum, Kitzingen zu benachteiligen. Sie wollen deshalb das Gespräch mit ihren CSU-Kollegen suchen: „Wir müssen eine Lösung finden, mit der der Stadt Kitzingen geholfen und dem Wissenschaftsstandort Würzburg kein Schaden zugefügt wird.“

## | Weitere Artikel